

Beschlussvorschlag: (Pos. 1 modifiziert)

Der Stadtrat beschließt unter Abänderung seines Beschlusses vom 25. Oktober 2006 folgende Maßnahmen zum Abbau der Altfehlbeträge:

Pos. 1:

Das Psychiatrische Krankenhaus (PKH) wird von einem Eigenbetrieb in eine gGmbH umgewandelt. Diese ist gesellschaftsrechtlich in die Netzstruktur der in der Stadt Halle (Saale) vorhandenen gemeindenahen psychiatrischen Versorgung durch Veräußerung einzubinden.

Das Fortbestehen in wirtschaftlich und juristisch selbständiger Rechtsform ist nicht erforderlich.

Pos. 2:

Vereinnahmung der restlichen Zahlungen aus der Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der Städtisches Krankenhauses Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH.

Pos. 3:

Veräußerung der Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO), die der Stadt Halle (Saale) nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Januar 2005 zustehen, an den SWH-Konzern.

Pos. 4:

Die Stadt Halle (Saale) verkauft städtische Immobilien zu einem Gesamtwert von 14,5 Mio. €

Pos. 5:

Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von 214,4 Mio. € dem städtischen Haushalt zufließen, wobei davon zum Abbau des Altdefizites ein Betrag von 189,0 Mio. € eingesetzt wird.

Diese Maßnahmen verteilen sich auf die beiden Wohnungsgesellschaften wie folgt:

- a) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der HWG einen Betrag von 81,8 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Zur Liquiditätsbeschaffung verkauft die HWG Wohnungen und schließt ein sale-and-lease-back-Geschäft über weitere Wohnungen ab.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der HWG im Jahre 2010 veräußert.

Für den Fall, dass die HWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 81,8 Mio. € nicht erreicht, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile einzuleiten.

- b) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der GWG einen Betrag von 42,6 Mio. € in

den Jahren 2008 bis 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Zur Liquiditätsbeschaffung verkauft die GWG Wohnungen.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der GWG im Jahre 2010 veräußert.

Für den Fall, dass die GWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 42,6 Mio. € nicht erreicht, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile einzuleiten.

Pos. 6:

Veräußerung der Anteile an der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau an den SWH-Konzern.

Pos. 7:

Veräußerung weiteren städtischen Vermögens, insbesondere weiterer Beteiligungen.

Die Stadt Halle (Saale) verpflichtet sich, aus den unter Pos. 1-7 genannten Maßnahmen bis zum Jahr 2012 insgesamt einen Beitrag von 335,5 Mio. € zum vollständigen Haushaltsausgleich zu erbringen.

Daneben werden in 2007 Mehreinnahmen aus Steuern und allgemeine Finanzaufweisungen in einer Gesamthöhe von 19 Mio. € für den Abbau des laufenden Fehlbedarfes eingesetzt und stehen nicht zur Abdeckung von Mehrausgaben in diesem Jahr zur Verfügung.

Mit der Umsetzung des Konzeptes wird die Oberbürgermeisterin beauftragt.

Finanzmittel von 964 TEUR stehen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung. Die Freigabe der Finanzmittel erfolgt durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Dieser Ausschuss begleitet auch die Realisierung des Maßnahmenpaketes.

Die umzusetzenden Maßnahmen sind dem Stadtrat nach Konkretisierung zur Beschlussfassung vorzulegen. Ein Votum der zuständigen Gremien ist vorher einzuholen.